

DIE WAHLEN IN ISRAEL ZUR 18. KNESSET

Lars Hänsel

DAS ERGEBNIS

Am 10. Februar 2009 waren fast 5,3 Millionen Israelis zu vorgezogenen Neuwahlen aufgerufen, sie hatten die Wahl unter 34 Parteien. Neuwahlen waren notwendig geworden, nachdem Tzipi Livni nach dem Rücktritt Ehud Olmerts und ihrer Wahl zur neuen Kadima-Vorsitzenden ohne Erfolg versucht hatte, eine Regierungskoalition zu bilden.

Vorgezogene Neuwahlen sind in Israel Normalfall: Nur zweimal in der Geschichte des Staates Israel hat eine Regierung die volle Legislaturperiode auch tatsächlich regieren können.

Von 33 angetretenen Parteien haben es zwölf geschafft, die Sperrklausel von zwei Prozent zu überwinden. In der 18. Knesset sind die Stimmenverhältnisse der zwölf Parteien wie folgt verteilt (siehe Tabelle „Offizielles Wahlergebnis“).

Die bei der vergangenen Wahl überraschend mit sieben Mandaten in die Knesset gewählte Rentnerpartei, die auch Teil der bisherigen Regierungskoalition war, ist nun nicht mehr vertreten.

Die Zahl der Religiösen im Parlament hat gegenüber der 17. Knesset von 34 auf jetzt 28 abgenommen.

In der neuen Knesset werden mit 21 so viele Frauen wie nie zuvor im israelischen Parlament vertreten sein. In der ver-



Dr. Lars Hänsel ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Jerusalem.

Kadima wurde überraschend – wenn auch knapp – stärkste Partei und gewann gegen den schon als Sieger erwarteten Likud. Die rechtsnationale Partei Israel Beteinu wurde erstaunlich stark und die Arbeitspartei stürzte deutlich ab – sie ist die eigentliche Verliererin der Wahl. Auch die kleinen Parteien haben insgesamt deutlich verloren. Insgesamt gewannen jedoch der Likud und das Mitte-Rechts-Lager deutlich, nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Bedrohung Israels durch die Hamas im Gazastreifen und die israelische Militäroperation „Gegossenes Blei“ gegen die Hamas. Das linke Lager verlor dramatisch. Benjamin Netanjahu wurde von Präsident Peres mit der Regierungsbildung beauftragt, obwohl der Likud eine Stimme weniger als Kadima erringen konnte. Netanjahu strebt eine Regierung der nationalen Einheit mit Kadima als Hauptpartner an – noch lässt sich Tzipi Livni jedoch auf die Bedingungen Netanjahus nicht ein. Alternative wäre eine Mitte-Rechts-Regierung, für die Netanjahu bereits jetzt eine Mehrheit hätte.

gangenen, 17. Knesset waren es noch 18 weibliche Abgeordnete. Mit sieben Abgeordneten stellt dabei Kadima nun den größten Anteil. Likud stellt fünf, Israel Beteinu vier und die Arbeitspartei drei Frauen. Erstmals entsandte auch eine arabische Partei (Balad) eine Frau als Repräsentantin in die Knesset. Bisher saß jeweils eine arabische Frau für Meretz (1999–2003) und für die Arbeitspartei (2006–2009) in der Knesset.

WAHLBETEILIGUNG UND POLITISCHES SYSTEM

Die Wahlbeteiligung war mit 65,2 Prozent zwar höher als erwartet (2006: 62,3 Prozent; 2003: 68,5 Prozent). Dennoch zeigt sich generell in den letzten Jahrzehnten ein Rückgang der Wahlbeteiligung.

Nach einer Teleseker-Umfrage waren 55 Prozent der Nichtwähler Frauen, darunter eine Mehrheit von Mizrahim (Juden aus nahöstlichen Ländern sowie Nordafrika), außerdem ältere Immigrantinnen aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion. Gleichzeitig wächst die Zahl jüngerer Nichtwähler (30 bis 39 Jahre), welche dem Slogan „Nur wer wählt hat Einfluss“ nicht mehr folgen und zwischen den Parteien offenbar kaum noch Unterschiede erkennen. Analysten sehen weniger Indifferenz als vielmehr wachsende Enttäuschung über die Politik als Grund für die hohe Zahl der Nichtwähler.

Die programmatischen Unterschiede der großen Parteien seien gering, eine tatsächliche Wahl kaum gegeben. Alle großen Parteien haben letztlich vergleichbare Positionen, mit der sie um Wähler aus der Mitte der Gesellschaft werben: Frieden, das Wohl der Bürger sowie eine entwickelte und erfolgreiche Gesellschaft. Keine Partei zeige einen wirklich realistischen Weg dahin, so die Stimmung unter den Nichtwählern.

Außerdem sind selbst große Parteien wie Likud und Kadima nicht in der Lage, allein mehrheitsfähige Regierungen zu stellen. Sie sind immer auf Koalitionen mit kleineren (Klientel-) Parteien angewiesen. Kleine Parteien haben deshalb ein unverhältnismäßig hohes Druckpotenzial und können politische Projekte großer Parteien blockieren. Große Parteien können auch deshalb oft ihre Politik nicht umsetzen, weil sie besonders auf kleine Koalitionspartner Rücksicht nehmen müssen. In der Wahrnehmung, aber auch nicht selten de facto regieren dann oft nicht die Parteien mit den größten Stimmen-

Offizielles Wahlergebnis

Partei	2009 (18. Knesset)		2006 (17. Knesset)		2003 (16. Knesset)	
	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent
Kadima	28	22,5	29	22	–	–
Likud	27	21,6	12	9	38	29,4
Israel Beteinu	15	11,7	11	9	Teil von Ichud Leumi	
Arbeitspartei	13	9,9	19	15,1	19	14,5
SHAS	11	8,5	12	9,5	11	8,2
United Torah Judaism	5	4,4	6	4,7	5	4,3
Raam-Taal	4	3,4	4	3	2	2,1
Hadash	4	3,3	3	2,7	3	2,9
Meretz	3	3	5	3,8	6	5,2
Beit Jehudi	3	2,9	Teil von Ichud Leumi		Teil von Ichud Leumi	
Ichud Leumi	4	3,3	9	7,1	Ichud Leumi: 5 / NRP: 6	Ichud Leumi: 5,5 / NRP: 4,2
Balad	3	2,5	3	2,2	3	2,3
Rentnerpartei	0	0,5	7	5,9	–	–
Wahlbeteiligung	65,2 Prozent		63,2 Prozent		68,5 Prozent	
Sperrklausel	2 Prozent		2 Prozent		1,5 Prozent	

anteilen, sondern kleine Parteien mit Partikularinteressen. Auch dies erzeugt zunehmend Unmut. So sind heute Mehrheiten der Bevölkerung z.B. für eine Zivilehe oder auch für den Stopp des Siedlungsbaus. Beides wird jedoch von kleineren religiösen (z.B. SHAS) bzw. rechtsnationalen (z.B. NRP) Parteien immer wieder erfolgreich blockiert.

Kleine Parteien haben ein unverhältnismäßig hohes Druckpotenzial und können politische Projekte großer Parteien blockieren.

Führende Rechtsexperten machen auch das Wahlsystem für die Instabilität von Regierungen und letztlich auch für die Entfremdung der Bevölkerung von der Politik verantwortlich. Verstärkt werden deshalb Diskussionen um eine Änderung des Wahlrechts geführt. So z.B. eine weitere Anhebung der Sperrklausel auf bis zu fünf Prozent und eine Umstellung auf eine Kombination von nationaler Listenwahl und regionaler, direkter Wahl von Kandidaten in regionalen Wahlkreisen. Derzeit ist ganz Israel ein einziger Wahlkreis. Mit den Änderungen würden große Parteien und die Identifizierung des Wählers mit den Abgeordneten weiter gestärkt und darüber hin-

aus stabilere Regierungen ermöglicht. Außerdem werden die Einführung eines konstruktiven Misstrauensvotums und die Begrenzung der Ministerzahl diskutiert.

Die hohe Zahl von eingebrachten Gesetzesentwürfen (4096 in der 17. Knesset) wird ebenso als Problem angesehen: Die meisten Gesetzesentwürfe werden von einzelnen Abgeordneten eingebracht und dienen nicht einer klaren und nachvollziehbaren Prioritätensetzung der jeweiligen Regierung. Diskutiert wird eine Einschränkung der von einzelnen Abgeordneten vorlegbaren Gesetzesentwürfe.

DER WAHLKAMPF

Der Wahlkampf war aufgrund der Militäroperation „Gegossenes Blei“ gegen die Hamas im Gazastreifen extrem kurz. Während der Militäroperation hatten die Parteien auf Wahlkampfaktionen verzichtet.

Im Wahlkampf, der insgesamt als eher langweilig und ohne Dynamik wahrgenommen wurde – wenn er überhaupt Beachtung fand-, konzentrierten sich die Parteien auf Personen, d.h. ihre jeweiligen Spitzenkandidaten. Im Vordergrund standen dabei die Glaubwürdigkeit und persönliche

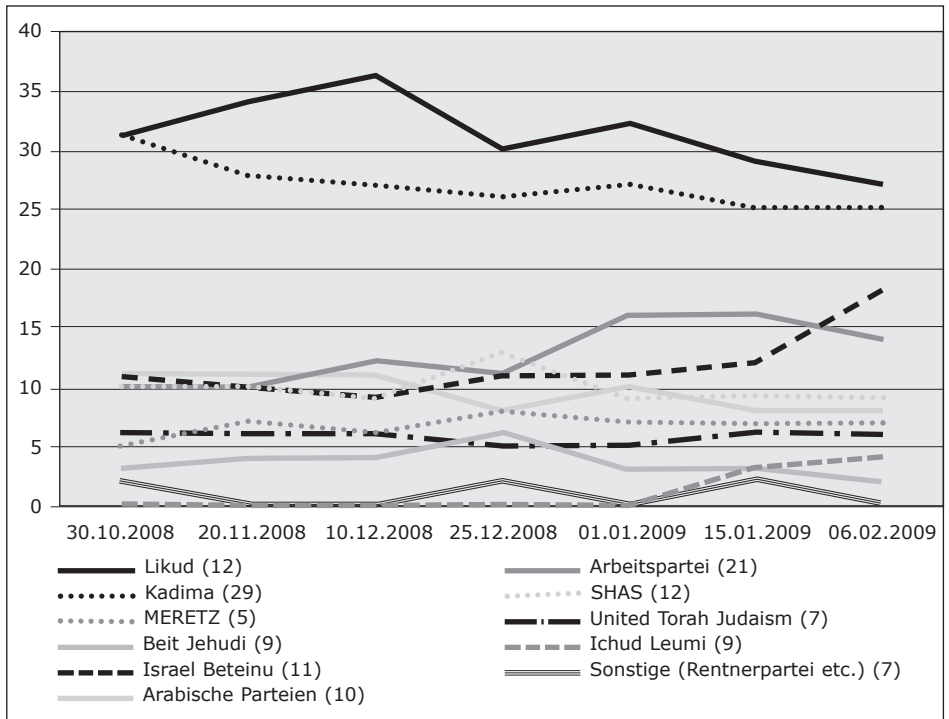
Der Wahlkampf wurde kaum um Inhalte geführt. Bis zum Schluss blieb die Botschaft der großen Parteien Kadima und Likud weitgehend unklar.

Integrität. Der Wahlkampf wurde kaum um Inhalte geführt. Bis zum Schluss blieb die Botschaft der großen Parteien Kadima und Likud weitgehend unklar. Allein Israel Beteinu profilierte sich auch mit einer klaren inhaltlichen

Botschaft: Keine Staatsbürgerschaft ohne Loyalität gegenüber dem Staat. Dies zielte insbesondere auf die arabische und ultraorthodoxe Bevölkerung Israels (s.u.).

Vor allem Kadima und Likud nutzten auch *negative campaigning* und griffen jeweils die Spitzenkandidaten der anderen Partei scharf an. Dabei wurde von Kadima vor allem Netanjahus Integrität in Frage gestellt, u. a. mit Hinweis auf seine veränderte Meinung zum damaligen Rückzug aus dem Gazastreifen: Zunächst hatte er dem Rückzug zugestimmt, diese Zustimmung allerdings später zurückgenommen. Livni wurde dagegen vom Likud unterstellt, dass die Aufgaben als Ministerpräsidentin zu groß und anspruchsvoll für sie seien. In der Auseinandersetzung wurde eher erklärt, warum man die jeweils andere Partei nicht wählen sollte, als mit einer eigenen Botschaft für sich zu werben.

Grafik: Umfrageergebnisse nach der Tageszeitung Haaretz, zusammengestellt von der KAS



Bei der Ankündigung von Neuwahlen im Oktober 2008 lagen Kadima und Likud etwa gleich auf. Lange hatten dann die Umfragen einen Sieg des Likud unter Benjamin Netanjahu vorausgesagt. Kurz vor der Wahl wurde der Wahlkampf noch einmal spannend: Zum Schluss schmolz der Vorsprung gegenüber Kadima auf wenige Mandate zusammen. Dieser Trend hatte sich fortgesetzt und sich schließlich auch im Wahlergebnis niedergeschlagen.

AUSWIRKUNGEN DER MILITÄRAKTION GEGEN DIE HAMAS IM GAZASTREIFEN

Die Militäroperation im Gazastreifen hatte Auswirkungen auf die Stimmung vor der Wahl und schließlich auf deren Ausgang. Grundsätzlich unterstützte – nach acht Jahren Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen – eine übergroße Mehrheit der israelischen Bevölkerung die Militäration gegen die Hamas. Der Kampf gegen Terror hat im Wahlkampf nicht zuletzt aufgrund der Auseinandersetzung mit der Hamas einen besonderen Stellenwert bekommen.

Grundsätzlich unterstützte – nach acht Jahren Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen – eine übergroße Mehrheit der israelischen Bevölkerung die Militäration gegen die Hamas.

Auch die Bedrohung durch einen möglicherweise in Zukunft nuklear bewaffneten Iran, der als Unterstützer der Hamas (und der Hizbullah) gilt, wurde noch einmal konkreter. Nachdem der israelische Rückzug im Sommer 2005 aus dem Gazastreifen nicht zu einer Beruhigung der Lage geführt hatte, bekam Sicherheit für viele Vorrang vor Verhandlungen mit den Palästinensern und weiteren Kompromissen, die nicht mehr Sicherheit, sondern nach allgemeiner Auffassung eher weitere Risiken bringen. Geholfen hat diese Stimmung in gewissem Maße Ehud Barak und der Arbeitspartei, vor allem jedoch Israel Beteinu und dem Mitte-Rechts-Lager.

Noch im Herbst, als die Neuwahlen angesetzt wurden, galten Ehud Barak und die in einer tiefen Identitätskrise steckende Arbeitspartei schon als die großen Verlierer. Dies entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Es war nicht zuletzt Ehud Barak, der mit seinem Druck für den Rücktritt Olmerts verantwortlich war. Lag die Arbeitspartei zu Beginn der Umfragen im November noch bei unter zehn Mandaten, so kam sie während der Militäraktion und kurz danach auf bis zu 17 Mandate. Verteidigungsminister Barak konnte zunächst am meisten von der allgemeinen Unterstützung der Militäroperation profitieren. Dieses Niveau konnte die Arbeitspartei jedoch nicht halten. Viele Wähler dürften ins Mitte-Rechts-Lager und zu Kadima gewechselt sein, nicht zuletzt, weil die Ergebnisse der Militäraktion nicht wirklich klar waren. Die Aussage Baraks, die Abschreckungswirkung der israelischen Armee sei gegenüber der Hamas wieder hergestellt, hatte mit den bis in den letzten Tagen auf den Süden Israels niedergehenden Raketen bei vielen Wählern an Glaubwürdigkeit verloren. Auch die Entscheidung Baraks, die Militäroperation schließlich einzustellen und die Hamas nicht weiter entscheidend zu schwächen, sondern auf das Angebot Ägyptens zur Vermittlung einer Waffenruhe einzugehen, hat ihn möglicherweise weitere Stimmen gekostet.

Außerdem bewarb sich Ehud Barak in einer neuen Regierung nicht als Ministerpräsident, sondern als Verteidigungsminister – einen Posten, den er bisher innehatte. Auch das hat sicher nicht zu weiterer Unterstützung beigetragen.

Insgesamt hat das Mitte-Rechts-Lager nach der Militäroperation gegen die Hamas entscheidend zugelegt und stellt in der neuen Knesset die Mehrheit. Nicht nur Israel Beteinu, sondern auch der Likud profitierte offenbar davon, dass von vie-

len nach dem jahrelangen Raketenbeschuss durch radikale Palästinensergruppen nicht Zurückhaltung, sondern eine harte Position und ein militärisches Vorgehen als adäquate Antwort gegen den Terror angesehen werden. Auch der Raketenbeschuss auf den Süden Israels in den Tagen vor der Wahl hatte den Mitte-Rechts-Parteien noch einmal weitere Unterstützung eingebracht. Das linke Lager, d.h. das traditionelle Friedenslager, hat demgegenüber eine bittere Niederlage einstecken müssen.

Der Raketenbeschuss auf den Süden Israels in den Tagen vor der Wahl hatte den Mitte-Rechts-Parteien noch einmal weitere Unterstützung eingebracht.

KADIMA WIRD ÜBERRASCHEND STÄRKSTE PARTEI

Die von Livni als neugewählter Kadima-Vorsitzenden nach dem Rücktritt Olmerts geführten Koalitionsverhandlungen, deren Scheitern zu Neuwahlen geführt hatte, waren vor allem deshalb nicht erfolgreich, weil Livni nicht auf die Forderungen von SHAS nach starker Ausweitung von Sozialleistungen eingehen wollte. Kritiker warfen ihr vor, dass sie nicht in der Lage sei, komplexe Verhandlungen zu führen, wenn sie schon an SHAS scheitere. Dennoch versuchte Livni die gescheiterten Verhandlungen für sich zu nutzen und sich als nicht korrumpierbar, sondern als integer, unbelastet von Affären und als Neubeginn innerhalb der Kadima und letztlich auch als Neubeginn in der Politik zu profilieren. Ihr Wahlspruch: „Manhiga Acheret“ (Eine *andere* Führerin).

In den Medien wurde einerseits ihre bisher steile und erfolgreiche Politikerkarriere positiv kommentiert, als entscheidendes Defizit aber fehlende Erfahrungen im sicherheitspolitischen Bereich gesehen. Bei Umfragen lag sie bzw. Kadima zunächst mit bis zu elf Mandaten Differenz weit hinter Benjamin Netanjahu und dem Likud.

Während der Militäroperation „Gegossenes Blei“ hatte sie dann versucht, mit dem Hinweis darauf zu punkten, dass sie in alle sicherheitsrelevanten und militärischen Entscheidungen einbezogen war, um so ihr Defizit auszugleichen. Auch das diplomatische Ende der Operation, für welches sie wesentlich verantwortlich war, versuchte sie für sich zu nutzen. Allerdings hat auch das nicht zu weiterer Unterstützung geführt: Zunächst konnte Tzipi Livnis Kadima unmittelbar nach der Operation im Gazastreifen in Umfragen nicht dazu gewinnen. Der Trend ging für die Kadima weiter nach unten.

Schließlich hatte sie zum Schluss des Wahlkampfs noch einen neuen Akzent gesetzt: Auf der jährlichen großen Sicherheitskonferenz in Herzliya, die in diesem Jahr auch als Wahlkampf Bühne diente, sprach sie wie kein anderer Politiker von der Notwendigkeit und Möglichkeit des Friedens mit den Nachbarn Israels. Damit hatte sie vor allem Wähler im linken Spektrum angesprochen.

Sicher hat sich positiv für sie ausgewirkt, dass Livni eine Änderung des Wahlsystems angekündigt hatte: Vor allem die Macht der kleineren Parteien solle in Zukunft reduziert werden, um die Stabilität der Regierung zu erhöhen.

Im Ergebnis haben Tzipi Livni und die Kadima-Partei Stimmen an das Mitte-Rechts-Lager verloren, demgegenüber aber vor allem Stimmen aus dem linken Lager auf sich gezogen. Damit konnten sie die Zahl der Mandate halten.

Hatte Kadima bei der Wahl 2006 dazu beigetragen, vor allem den Likud entscheidend zu schwächen, so galt dies nun für die Arbeitspartei, vor allem aber auch für Meretz, welche große Stimmenanteile an Kadima verloren.

Bei linken Wählern kam sicher gut an, dass Kadima sich im Wahlkampf gegen die Macht der Ultraorthodoxen und ihre überzogenen sozialen Forderungen positionierte.

Bei linken Wählern kam sicher auch gut an, dass sie sich im Wahlkampf gegen die Macht der Ultraorthodoxen und ihre überzogenen sozialen Forderungen positionierte. Als wichtiger Faktor gilt zudem ein Treffen zwischen Benjamin Netanjahu und Ehud Barak kurz vor den Wahlen. Dabei entstand der Eindruck, Barak akzeptiere das Amt des Verteidigungsministers in einem Kabinett Netanjahu. Dies dürfte traditionelle Wähler der Arbeitspartei enttäuscht und dazu gebracht haben, für Kadima und damit taktisch gegen Netanjahu zu stimmen. Kadima profitierte von Wählern, welche strategisch gegen Israel Beteinu und Likud gestimmt haben.

Kadima konnte offenbar auch eine große Zahl von Unentschiedenen (kurz vor der Wahl über 20 Prozent) für sich gewinnen.

Kadima konnte offenbar auch eine große Zahl von Unentschiedenen (kurz vor der Wahl über 20 Prozent) für sich gewinnen.

LIKUD GESTÄRKT, ENTSCHEIDENDE STIMMEN FEHLEN ALLERDINGS

Lange galten in Umfragen Benjamin Netanjahu und der Likud als sichere Sieger der Wahlen. Netanjahu hatte sich im Wahlkampf vor allem mit Wirtschaftskompetenz und Themen der

nationalen Sicherheit profiliert. Dass die globale Finanzkrise Israel zunächst nicht in dem Maße traf wie andere Länder, galt nicht zuletzt als Verdienst Netanjahus, der als früherer Finanzminister unter Sharon mit weit reichenden Reformen zu einer Stärkung des israelischen Finanzsystems beigetragen hatte. In den palästinensischen Autonomiegebieten wollte er zunächst stark die Wirtschaft aufbauen („Was ich für Israel getan habe, möchte ich nun auch für die Palästinenser tun“) und die Lebensverhältnisse entscheidend verbessern, um erst dann über die Schaffung eines palästinensischen Staates zu verhandeln. Darüber hinaus sollte ausgeschlossen werden, dass ein palästinensischer Staat eine Sicherheitsbedrohung für Israel darstellen könnte.

Letztlich blieb seine Botschaft insgesamt jedoch weitgehend vage und sein Wahlkampf inkonsistent. Außerdem scheute er die direkte Auseinandersetzung mit Tzipi Livni. Möglicherweise – so zumindest meinen Wahlkampfexperten – hat er auch zu stark auf den Internetwahlkampf gesetzt und den persönlichen Wahlkampf vor Ort vernachlässigt.

Dennoch konnte der Likud lange mit bis zu über 38 Mandaten rechnen. Erst in den letzten Tagen fiel der Likud in den Umfragen zurück.

Dabei mag eine Rolle gespielt haben, dass Netanjahu nach dem erwähnten Treffen mit Barak Spekulationen nicht stark genug entgegengetreten war, den am Ende doch unbeliebten Ehud Barak als Verteidigungsminister in seiner Regierung haben zu wollen. Damit hatte er in den Augen der Wähler Likud und Arbeitspartei verbunden. Vor allem in der mitte-rechts-orientierten Wählerschaft dürfte ihn dies wichtige Stimmenanteile gekostet haben. Entscheidend ist jedoch, dass der Likud einen großen Teil potentieller Stimmen an Israel Beteinu verlor. Immerhin hat aber der Likud seine Stimmenzahl gegenüber der letzten Wahl 2006 mehr als verdoppeln können (von neun auf 21,6 Prozent, bzw. von zwölf auf 27 Mandate).

Entscheidend ist, dass der Likud einen großen Teil potenzieller Stimmen an Israel Beteinu verlor.

Der Likud hat insgesamt gesehen in den Wahlen nun die Rolle der lange Zeit dominierenden Arbeitspartei mit ihren Partnerparteien aus dem linken Teil des politischen Spektrums übernommen. Der Likud ist zu einer „Mutter-Partei“ geworden, so kommentierte die Tageszeitung *Haaretz*. Die Linke ist

mit 16 Sitzen auf ein historisch niedriges Niveau geschrumpft. Der Likud, die aus ihm hervorgegangenen Parteien und die Parteien aus dem rechten Lager haben nun eine deutliche Mehrheit.

ÜBERRASCHENDE STÄRKE DER PARTEI ISRAEL BETEINU

Überraschend ist die große Popularität der Partei Israel Beteinu (Israel unser Haus) mit immerhin 15 Mandaten, die ihr – überwiegend säkulares – Wählerpotenzial vor allem bei russischen Einwanderern hat. Auch für erstaunlich viele junge Wähler war die Partei attraktiv. Parteiführer Avigdor Lieberman hatte mit einer harten Haltung gegenüber den in Israel lebenden Arabern Aufmerksamkeit erregt. Im Wahlkampf forderte er, dass zukünftig die Staatsbürgerschaft stärker an die Loyalität gegenüber dem jüdischen Staat geknüpft werden soll. Damit hatte er die israelischen Araber im Blick, aber auch die ultraorthodoxe Wählerschaft der SHAS-Partei, deren Anhänger sich öffentlichen Pflichten wie dem Militärdienst entziehen. Kommentatoren sprachen von einem „Kulturkampf“ zwischen Israel Beteinu und den Ultraorthodoxen. Der geistige Führer der SHAS-Partei, Rabbi Ovadia Joseph, ließ seine Anhänger unmissverständlich wissen: „Wer Lieberman wählt, wählt den Satan“.

Israel Beteinu hatte sich im Wahlkampf die Spannungen zwischen Juden und Arabern in Israel besonders zunutze gemacht. Dabei konnte Israel Beteinu vor allem die Unterstützung derer gewinnen, die über radikale arabische Politiker aufgebracht waren. Einige arabische Politiker hatten sich während des vergangenen Libanonkrieges und nun während der Militäroperation „Gegossenes Blei“ mit den Feinden Israels solidarisiert und zum Teil mehr oder weniger offen den bewaffneten Kampf gegen Israel unterstützt. Auf Demonstrationen in Israel wurden nach Medienberichten Hamas-Fahnen gezeigt und „Tod den Juden“ skandiert. Auch Israel Beteinu hatte deshalb den Ausschluss radikaler arabischer Parteien von der Wahl gefordert.

Im Wahlkampf waren zudem Israel Beteinu und die arabischen Parteien wechselseitig zu Feindbildern geworden, radikale und populistische Positionen wurden gezielt eingesetzt, um sich Wählerstimmen aus dem eigenen Lager zu sichern. So haben insgesamt auch radikale Positionen arabischer Par-

teilen mit zum Erfolg Israel Beteinu beigetragen. Israel Beteinu akzeptiert heute, wie auch die anderen großen Parteien Kadima, Likud, Arbeitspartei, letztlich eine Teilung des Landes, d.h. die Schaffung eines palästinensischen Staates. Zum Teil etwas lautstark vorgetragene Ideen, wie z.B. die Anbindung von Gebieten mit vorwiegend israelisch-arabischer Bevölkerung an einen zukünftigen palästinensischen Staat, werden auch von anderen diskutiert, darunter Politikern linker Parteien. Zudem setzt diese Forderung die Schaffung eines palästinensischen Staates voraus. Insgesamt weisen Analysten darauf hin, dass Israel Beteinu in der Rhetorik zwar nicht selten radikal ist, aber eine Politik vertritt, welche zumindest im Mitte-Rechts-Spektrum mehrheitsfähig ist.

Israel Beteinu akzeptiert heute, wie auch die anderen großen Parteien Kadima, Likud, Arbeitspartei, letztlich eine Teilung des Landes, d.h. die Schaffung eines palästinensischen Staates.

Israel Beteinu war in der letzten Regierung Olmert auch Teil einer Koalitionsregierung mit Kadima, welche gerade in dieser Zeit intensiv mit den Palästinensern verhandelte. Olmert sicherte sich damals nach dem Libanonkrieg im Sommer 2006 Mehrheiten im Parlament und machte Liebermann zum Minister für strategische Fragen – eine Position, die er unauffällig und ohne besonders profilierte Politik ausfüllte. Liebermann verließ allerdings die Regierung Anfang 2008 im Zuge der Veröffentlichung des Winograd-Berichtes, welcher der Regierung Olmert schweres Versagen im vergangenen Libanonkrieg vorgeworfen hatte.

Übrigens hatten weder Tzipi Livni noch Benjamin Netanjahu im Wahlkampf eine Koalition mit Israel Beteinu nach den Wahlen ausgeschlossen und Gemeinsamkeiten in den Positionen hervorgehoben.

DAS WAHLVERHALTEN DER ISRAELISCHEN ARABER

Die Araber in Israel stellen für das politische System einen wesentlichen Faktor dar: Ca. 20 Prozent der Einwohner Israels sind Araber. Mit ca. 672 000 stellen sie nach Angaben des statistischen Amtes 14 Prozent der 4,8 Millionen der aktuell in Israel lebenden Wahlberechtigten (insgesamt, d. h. mit im Ausland lebenden Israelis, sind theoretisch ca. 5,3 Millionen Israelis wahlberechtigt, s. o.).

Um die arabischen Stimmen warben zunächst vier arabische, bzw. arabisch-jüdische Parteien:

Raam-Taal (Vereinigte Arabische Liste und Arabische Bewegung für Veränderung) repräsentiert den nationalistisch-islamistischen Teil der arabischen Öffentlichkeit in Israel.

Hadash (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit) als arabisch-jüdische Partei umfasst die israelische kommunistische Partei und setzt sich für arabisch-jüdische Koexistenz ein.

Balad (Demokratische Nationale Allianz), repräsentiert den säkular-nationalen Bevölkerungsteil.

Da'am (Organisation für demokratische Aktion) setzt sich als kleine jüdisch-arabische Partei für die Rechte von Arbeitern und Frauen ein. Außerdem werben die jüdisch-zionistischen

Die meisten arabischen Stimmen gingen mit ca. 82 Prozent an arabische (Raam-Taal, Balad), bzw. arabisch-jüdische (Hadash) Parteien, der Rest an zionistische Parteien.

Parteien wie insbesondere Kadima, Arbeitspartei, Meretz um die arabischen Wählerstimmen.

Die meisten arabischen Stimmen gingen mit ca. 82 Prozent an arabische (Raam-Taal, Balad), bzw. arabisch-jüdische (Hadash) Parteien, der Rest an zionistische Parteien.

Die großen Parteien wie Kadima, Likud, Israel Beteinu und Arbeitspartei hatten jeweils Araber auf aussichtsreichen Listenplätzen aufgestellt und erhielten ebenso arabische Wählerstimmen.

Tabelle: arabische Stimmenanteile für die jeweiligen Parteien (in Prozent) sowie Mandate arabischer Abgeordneter

	2006	2009
Arabische und jüdisch-arabische Parteien (in Klammern: Mandate)		
Raam-Taal	27,4 (4)	32,1 (4)
Hadash	24,3 (3)	27,5 (4)
Balad	20,2 (3)	22,3 (3)
Zwischensumme	71,9 (10)	81,9 (11)
Jüdisch-zionistische Parteien (in Klammern: Arabische Abgeordnete)		
Arbeitspartei	12,8 (3)	4,6 (0)
Kadima	6,8 (1)	3,7 (1)
Likud	0,9 (1)	2,1 (1)
Meretz	2,8	1,4
Israel Beiteinu	n.v.	2,3 (1)
Sonstige (inklusive religiöse Parteien)	4,0	4,0
Zwischensumme	28,1	18,1
Total	100,0	100,0

Mit 54 Prozent haben diesmal – gegenüber der schon geringen Wahlbeteiligung im Jahr 2006 – noch einmal zwei Prozent weniger gewählt. Dies ist zwar ein historischer Tiefststand der Wahlbeteiligung von Arabern in Israel und sagt generell etwas über ihre Beteiligung am politischen System. Dennoch wurde im Vorfeld der Wahl nach der Militäraktion Israels im Gazastreifen mit einer noch weitaus geringeren Wahlbeteiligung gerechnet.

Grundsätzlich ist die geringe Wahlbeteiligung bei Knessetwahlen damit zu begründen, dass das Verhältnis arabischer Wähler zu Israel als jüdischem Staat *per definitionem* gespalten ist. Stand in den ersten Jahrzehnten des Staates vor allem die Forderung nach individuellen Gleichheitsrechten im Vordergrund, so werden seit der letzten Dekade von den Arabern zunehmend kollektive Minderheitenrechte gefordert. Zunehmend wird die Beteiligung am politischen System Israels in Frage gestellt und über andere Formen der Durchsetzung politischer Interessen nachgedacht. Dazu gehört etwa die Forderung einiger Gruppen nach Autonomie und einem eigenen arabischen Parlament, aber auch das stark angewachsene Engagement in (Menschenrechts-)NGOs als Alternative zur Beteiligung am parlamentarischen System.

Stand in den ersten Jahrzehnten des Staates vor allem die Forderung nach individuellen Gleichheitsrechten im Vordergrund, so werden seit der letzten Dekade von den Arabern zunehmend kollektive Minderheitenrechte gefordert.

Wurden bis vor wenigen Jahren die Araber in Israel nicht selten als „Brücke“ zu den Palästinensern und arabischen Nachbarländern Israels gesehen, die für Verständigung genutzt werden kann, so gilt für viele in Israel nun umgekehrt eine Lösung des Problems der Araber in Israel erst dann als realistisch, wenn es Frieden zwischen Israelis und Palästinensern und mit den arabischen Nachbarländern gibt. Solange die äußere Bedrohung Israels anhält, scheint derzeit eine andere Politik gegenüber den Arabern in Israel kaum realistisch.

In den letzten Jahren nahm die Entfremdung zwischen Juden und Arabern in Israel noch einmal deutlich zu. Beigetragen hatte dazu u.a. die Tötung von 13 israelischen Arabern während der Intifada im Jahr 2000. Die Empfehlungen der Untersuchungskommission unter Richter Or zur Verbesserung der Situation der Araber und zur Verhinderung von ähnlichen Vorkommnissen wurden jahrelang nicht umgesetzt. Im Jahr 2006 veröffentlichten arabische Intellektuelle die so genannten *Future Vision Documents*, in welchen sie ihre Vision des

zukünftigen Zusammenlebens von Juden und Arabern in Israel beschrieben. Darin wurde ein Paradigmenwechsel gefordert: Israel sollte nicht mehr jüdischer Staat sein, sondern „Staat für alle seine Bürger“. Dies stieß bei der jüdischen Mehrheit auf heftige Kritik und ist für sie nicht verhandelbar. Auch der Libanonkrieg 2006, während dessen viele Araber mit der Hizbullah sympathisierten und arabische Politiker wegen der Weitergabe von sicherheitsrelevanten Informationen angeklagt wurden, hat zur Entfremdung beigetragen. So wurde der inzwischen ins Exil geflüchtete Gründer der arabischen Partei Balad, Azmi Bishara, von der israelischen Polizei der Spionage für Hizbullah überführt.

Die Verschärfung der Spannungen mit den israelischen Arabern hatte jedoch nicht zu einer intensiven innerjüdischen Debatte darüber geführt, wie man dieses Problem in Zukunft lösen möchte.

Das konkrete Wahlverhalten der Araber wurde bei der vergangenen Wahl durch diese Stimmung und weitere Faktoren beeinflusst. Insbesondere waren dies die israelische Militäroperation gegen die Hamas im Gazastreifen, die Debatte unter den arabischen Israelis über einen Wahlboykott, der vorübergehende Ausschluss zweier arabischer Parteien von der Knessetwahl sowie das Auftreten von rechtsgerichteten Parteien (insbesondere Israel Beteinu) im Wahlkampf gegenüber den Arabern in Israel (s.o.).

Primäre Informationsquelle in vielen arabischen Haushalten war die oft einseitige Berichterstattung von Al Jazeera.

Die Militäraktion im Gazastreifen gegen die Hamas spielte nicht nur generell, sondern auch für das Wahlverhalten der Araber eine entscheidende Rolle. Primäre Informationsquelle in vielen arabischen Haushalten war die oft einseitige Berichterstattung von Al Jazeera. Vor allem die dort gesendeten Bilder – die andere, auch arabische Stationen aus Pietätsgründen nicht sendeten – blieben nicht ohne Wirkung. Unter der arabischen Bevölkerung Israels kam es zu Sympathiebekundungen mit den Palästinensern im Gazastreifen, mehr oder weniger verdeckt auch mit der Hamas. Dies führte dazu, dass sich das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen Juden und Arabern in Israel weiter verschlechterte.

Die arabischen Wahlberechtigten sahen sich dem Dilemma ausgesetzt, entweder wählen zu gehen (damit aber das politische System und letztlich auch die Politik faktisch zu legiti-

mieren) oder nicht wählen zu gehen (und damit Einfluss im politischen System in Israel zu verlieren).

Die zentrale Wahlkommission hatte zwei arabische Parteien (Balad und Raam-Taal) von der Wahl ausgeschlossen. Arabische Knessetabgeordnete dieser Parteien hatten den Staat Israel als jüdischen Staat explizit abgelehnt, den bewaffneten Kampf gegen Israel unterstützt und die israelische Regierung emotional und besonders aggressiv angegriffen. Das Oberste Gericht hatte diesen Ausschluss zwar dann wieder aufgehoben, aber diese Auseinandersetzung vertiefte die Spannungen zwischen Juden und Arabern in Israel dramatisch. Diese Episode führte jedoch auch dazu, dass sich viele Araber dazu entschlossen, wählen zu gehen. Eine Nichtwahl hätte in ihren Augen bedeutet, den mit der Zulassung der Parteien gewonnenen Einfluss ungenutzt zu lassen.

Hadash hatte nicht nur zur Wahl aufgerufen, sondern auch am Wahltag vor Ort Leute in ihren Häusern angesprochen und zur Wahl aufgefordert. Die anderen arabischen Parteien haben ähnliche Aktionen unterlassen. Sie befürchteten, dass dies nicht ihrer Partei, sondern den jeweils anderen arabischen Parteien zugute kommen würde.

Erstmals hat auch die Partei Israel Beteinu eine signifikante Anzahl arabischer Stimmen erhalten. Angesichts der harten Haltung gegenüber den Arabern scheint dies paradox. Auf Listenplatz 12 von Israel Beteinu stand allerdings Hamed Amar, ein Druse und Angestellter der Stadtverwaltung der arabischen Stadt Shfaram. Dies führte dazu, dass immerhin 2,3 Prozent der Araber (vor allem Drusen) Israeli Beteinu ihre Stimme gaben. Ausschlaggebend dürfte dabei weniger eine Identifizierung mit der Wahlagenda von Israel Beteinu, sondern vielmehr mit dem arabischen Kandidaten sein. In manchen arabischen Orten, wie z.B. Madjel-Shams, erhielt Israeli Beteinu 50 Prozent der arabischen Stimmen.

Auf Listenplatz 12 von Israel Beteinu stand Hamed Amar, ein Druse und Angestellter der Stadtverwaltung der arabischen Stadt Shfaram.

Die Arbeitspartei verlor am meisten die Unterstützung arabischer Wähler. In der Vergangenheit erhielt die Arbeitspartei viele arabische Stimmen, weil sie als linke Partei angesehen wurde. Einer der Gründe für den Rückgang der arabischen Unterstützung ist, dass arabische Kandidaten sich auf unteren, nicht aussichtsreichen Listenplätzen befanden und dies

als Beleidigung der Araber verstanden wurde. (vgl. dazu *Election 2009 Update*, 9. Februar 2009, Hg. vom Konrad-Adenauer-Programm an der Tel Aviv Universität)

KOALITIONSBILDUNG

Präsident Shimon Peres beauftragte den Likud-Vorsitzenden Benjamin Netanjahu mit der Regierungsbildung. Der Likud hatte zwar ein Mandat weniger als Kadima, konnte aber auf die offizielle Unterstützung von 65 Stimmen (von 120) verweisen, nachdem auch Avigdor Lieberman die Unterstützung seiner Partei zugesagt hatte. Tzipi Livni kam demgegenüber nur auf 28 Stimmen. Netanjahu galt deshalb als der Kandidat, der am wahrscheinlichsten eine Koalitionsregierung bilden konnte. Netanjahu hat nur 28 Tage Zeit, eine Regierung zu bilden (mit zwei Wochen Verlängerungsmöglichkeit).

Grundsätzlich sind zwei Modelle möglich:

1. eine Regierung der nationalen Einheit mit Likud und Kadima als Kern der Koalition, der allerdings noch mindestens sechs Stimmen fehlen;
2. eine rechtsgerichtete Regierung unter Führung des Likud.

Nach der Wahl bevorzugten nicht nur Präsident Peres (dies hatte er Netanjahu bei der Beauftragung zur Regierungsbildung deutlich gemacht), sondern auch die meisten Israelis die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit unter Einschluss von Likud, Kadima und Arbeitspartei.

Nach einer Umfrage des Tami Steinmetz-Zentrums unmittelbar nach der Wahl sind nur 17 Prozent der Befragten mit dem Wahlausgang zufrieden, 43 Prozent sind enttäuscht. Immerhin sagen aber 90 Prozent, dass sie ihre Wahlentscheidung nicht ändern würden, hätten sie die Chance zu einer Wiederholung der Wahl. 36 Prozent favorisieren nun eine Regierung der nationalen Einheit (mit Likud, Kadima und Arbeitspartei), 22 Prozent sind für eine rechtsgerichtete Regierung unter Führung des Likud und nur 16 Prozent sprechen sich für eine Koalition aus Likud, Kadima, und Israel Beteinu aus.

Eine Regierung der nationalen Einheit ist auch das erklärte Ziel Netanjahus, wobei er eine Regierung mit Kadima und Arbeitspartei als Wunschkonstellation ansieht.

Bislang haben allerdings die Verhandlungen mit Kadima nicht zum Erfolg geführt. Livni fordert eine Rotation, d.h. für sie selbst den Posten des Ministerpräsidenten in zwei Jahren. Netanjahu will sich darauf bis jetzt nicht einlassen und bietet Livni zunächst andere hochrangige Ministerposten und den Knessetvorsitz an. Livni hat nach dem ersten Gespräch mit Netanjahu angekündigt, in die Opposition gehen zu wollen. Sie spekuliert möglicherweise darauf, dass eine rechtsgerichtete Koalition unter der Führung von Benjamin Netanjahu vorzeitig auseinander brechen könnte. Außerdem weisen hohe Kadimafunktionäre wie Chaim Ramon darauf hin, dass seit 1992 alle Parteien aus der Opposition heraus die Führung übernommen hatten. Viele Kadima-Anhänger haben die Sorge, dass die Partei in einer Koalition ein ähnliches Schicksal wie die Arbeitspartei erleiden werde. Ihr Profil hatte zuletzt in der Koalition mit Kadima stark gelitten, was sich nicht zuletzt auch im Wahlergebnis spiegelte. Livni würde in einer Einheitsregierung beständig von ihren – jetzt noch einmal verstärkt - linken Wählern attackiert und für jegliche Stagnation verantwortlich gemacht werden. Wahrscheinlich würden sie bei der nächsten Wahl nicht mehr Kadima wählen, sollte Livni sich gegen Netanjahu vor allem bei den Verhandlungen mit den Palästinensern nicht genügend durchsetzen können.

Livni hat nach dem ersten Gespräch mit Netanjahu angekündigt, in die Opposition gehen zu wollen.

Livni besteht bei ihren Verhandlungen mit Netanjahu u.a. auf der expliziten Erwähnung von „zwei Staaten für zwei Völker“ als Formulierung für das Ziel eines diplomatischen Prozesses. Damit möchte sie offensichtlich an den Annapolis-Prozess anknüpfen. (Außerdem steht diese Formulierung auch in Kontinuität mit Aussagen von ihr, dass die „nationalen Ambitionen“ auch der arabischen Einwohner Israels in einem palästinensischen Staat erfüllt werden. Damit möchte sie den jüdischen Charakter Israels sichern, der per definitionem, aber auch ausdrücklich durch die arabischen Israelis herausgefordert und in Frage gestellt wird.) Netanjahu will eine weniger eindeutige Formulierung. Allerdings haben beide weitere Gespräche im Rahmen von Koalitionsverhandlungen zugesagt.

Andererseits gibt es innerhalb von Kadima Kritik an Livnis Streben in die Opposition: Insbesondere Shaul Mofaz, Dalia Itzik und Zeev Boim wollen in jedem Fall in eine Koalitionsregierung. Beobachter sehen starke interne Spannungen in der

Kadima, die in der Oppositionsrolle zunehmen könnten. Ein Auseinanderfallen von Kadima gilt allerdings derzeit weniger wahrscheinlich: Mindestens ein Drittel der Abgeordneten wären nötig, um eine neue Partei zu formen oder sich einer anderen Partei anzuschließen.

Insgeheim wollen auch linke Parteien keine Oppositionsrolle für Kadima, da sie diese Rolle exklusiv für die eigene Profilierung nutzen wollen.

Neben der vorläufigen Absage Livnis hat Netanjahu bereits eine negative Antwort der Arbeitspartei: Ehud Barak sieht sich nach dem schlechten Wahlergebnis gezwungen, in die Opposition zu gehen. Die Wunschkoalition Netanjahus ist damit bereits ausgeschlossen. Sollte nun auch Livni endgültig

Derzeit wird davon ausgegangen, dass nach der Absage der Arbeitspartei Israel Beteinu Teil einer Koalitionsregierung sein wird. Liebermann hat jedoch Probleme mit SHAS und anderen religiösen Parteien.

absagen, bleibt Benjamin Netanjahu nur eine rechtsgerichtete Regierung. Derzeit wird davon ausgegangen, dass nach der Absage der Arbeitspartei Israel Beteinu Teil einer Koalitionsregierung sein wird. Liebermann hat jedoch Probleme mit SHAS und anderen religiösen

Parteien. Hauptstreitpunkte sind vor allem seine Forderungen nach einer Zivilehe, Veränderungen im Verhältnis Staat-Religion und im Wahlsystem. Dies dürfte die Koalitionsverhandlungen mit den religiösen Parteien komplizieren und zeigt außerdem, dass von einem „Rechten Block“ aufgrund der fehlenden Kohärenz in wichtigen Politikbereichen eigentlich nicht die Rede sein kann.

Liebermann kann nicht jedes Ministerium annehmen: Gegen ihn laufen Untersuchungen wegen Betrugs, Vertrauensbruchs und Verstoßes gegen das Geldwäschegesetz. Das Ministerium für innere Sicherheit, das Justizministerium und das Finanzministerium gelten damit als ausgeschlossen, weil Abteilungen dieser Ministerien mit den Untersuchungen betraut sind – sollten nicht diese Abteilungen ausgelagert werden. Da vor allem die europäischen und arabischen Staaten Liebermann als Ultrationalisten sehen, scheint auch das Außenministerium nicht geeignet. Auch für den Posten des Verteidigungsministers gilt Liebermann bisher als ungeeignet, da ihm der entsprechende Hintergrund und die Erfahrung fehlt. Allerdings werden ihm gute Beziehungen nach Russland und Asien nachgesagt. Seine Ambitionen machte er auch bei einem Treffen mit seinem Namensvetter, US-Senator Liebermann deutlich, welches als harmonisch und erfolgreich dargestellt

wurde. Es bleibt also abzuwarten, welche Rolle Liebermann in einem zukünftigen Kabinett spielen wird.

DIE POLITIK DER NEUEN REGIERUNG

Unabhängig vom konkreten Ergebnis der Koalitionsverhandlungen wird davon ausgegangen, dass eine Regierung unter Benjamin Netanjahu die Verhandlungen mit den Palästinensern, aber auch mit den arabischen Nachbarn wie Syrien weiterführen wird. Beobachter weisen darauf hin, dass jede bisher vom Likud geführte Regierung im Amt selbst weiter nach links gerückt ist und dass es gerade rechte Regierungen waren, die bisher zu großen territorialen Kompromissen bereit waren: So habe Menachim Begin den Sinai an Ägypten zurückgegeben und damit Frieden erlangt. Benjamin Netanjahu habe das Wye-Abkommen unterzeichnet und damit das für die jüdische Tradition zentrale Hebron an die Palästinenser gegeben. Schließlich wurde der Rückzug israelischer Siedlungen aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 von Ariel Sharon durchgeführt.

Netanjahu wird nach allgemeiner Erwartung und entsprechend eigener Ankündigung also wahrscheinlich Verhandlungen mit den Palästinensern weiterführen. Parallel dürfte er sich aber darauf konzentrieren, die moderaten palästinensischen Führer zu stärken, vor allem durch Unterstützung für palästinensische Sicherheitskräfte. Das Gewaltmonopol und funktionierende Sicherheitskräfte gelten auch in Likud-Kreisen als Grundvoraussetzung für einen palästinensischen Staat. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass Netanjahu seine Vorstellungen zur schnellen und massiven Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Palästinenser umsetzen wird.

Das Gewaltmonopol und funktionierende Sicherheitskräfte gelten auch in Likud-Kreisen als Grundvoraussetzung für einen palästinensischen Staat.

Auf einer Versammlung jüdisch-amerikanischer Organisationen in Jerusalem sagte Netanjahu: „We need to strengthen the Palestinian moderates and weaken the radicals by pursuing rapid economic growth and bolstering the security apparatus of the Palestinian security authority. [...] If the Palestinian Authority is willing to work with us, together with the US administration and perhaps other governments, we can move very rapidly to change reality on the ground, which is worth one thousand peace conferences.“ (*Jerusalem Post*, 17.2.2009)

Als Haupthindernis für erfolgreiche Verhandlungen gilt derzeit die tiefe Spaltung unter den Palästinensern. Ohne eine repräsentative Führung, die alle relevanten Palästinensergruppen umfasst, gelten weitere Verhandlungen als nicht aussichtsreich. Derzeit laufen unter ägyptischer Vermittlung Gespräche vor allem zwischen Hamas und Fatah. Israelische Beobachter gehen davon aus, dass die Hamas sich aus bestimmtem Interesse heraus taktisch auf eine Zusammenarbeit mit der moderaten Palästinenserführung einlassen könnte – um so z.B. eine für die Machtkonsolidierung wichtige Grenzöffnung am Rafah-Übergang zu erreichen und möglicherweise auch den Einfluss im Westjordanland auszudehnen. Allgemein wird aber nicht davon ausgegangen, dass es zu einer strategischen Neuorientierung der Hamas kommt und das Ziel der Vernichtung Israels von ihr aufgegeben wird.

Eine zukünftige Regierung steht damit vor dem Dilemma, ohne eine repräsentative Vertretung der Palästinenser, welche dann auch die radikalislamische Hamas umfassen müsste, in Verhandlungen nicht weiterzukommen. Mit einer Beteiligung der Hamas steht sie allerdings vor dem Problem, eine Organisation zu legitimieren, die Israel nicht anerkennt – auch wenn die offiziellen Gespräche weiter formal mit der PLO bzw. der Autonomiebehörde geführt werden.

Netanjahu hatte mehrfach betont, dass er als größte Herausforderung für Israel gegenwärtig die potenzielle nukleare Bewaffnung des Iran ansieht. Auch in Likud-Kreisen wird deutlich gesehen, dass sich die neue israelische Regierung nicht außerhalb des internationalen Konsenses stellen kann und in jedem Fall Verhandlungen mit den Palästinensern weiterführen muss. Dies wird auch als Voraussetzung dafür gesehen, dass die israelische Regierung erfolgreich mit der neuen Obama-Administration über ein abgestimmtes Vorgehen gegen die nukleare Bewaffnung des Iran sprechen kann.

Nicht zuletzt deshalb werden die Verhandlungen mit den Palästinensern weitergeführt werden – auch wenn dies für Netanjahu in einer Koalitionsregierung mit Kadima sehr viel einfacher sein dürfte als unter Beteiligung der rechten Parteien.

Das Manuskript wurde am 25. Februar 2009 abgeschlossen.